

Grosser Gemeinderat

Worb, 13. November 2017

376. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 13. November 2017, 19:30 Uhr
Sitzungsende	21:55 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Zwahlen Leibundgut Beatrix (EVP), Präsident
1. Vizepräsident	Läderach Christof (BDP)
2. Vizepräsident	Christensen Sven (FDP)
1. Stimmzählin	Büchler-Wampfler Sandra (SP)
2. Stimmzähler	Fivian Bruno (SVP) (ab 19.55 Uhr, Traktandum 3)
Mitglieder	Zwyer Lukas (BDP)
	Cetin Mayk (EVP)
	Moser-Utiger Silvia (EVP)
	Utiger Heinz (EVP)
	Gosteli Hansjörg (FDP)
	Graf Roland (FDP)
	Jörg Simone (parteilos; Sitz FDP)
	Kämpfer Erwin (FDP)
	Maccaferri-Iseli Barbara (FDP)
	Messerli Gregor (FDP)
	Schweizer Hans Peter (FDP)
	Suter Michael (FDP)
	Jorio Marco (GLP)
	Jost-Pfister Catarina (GLP)
	Aebersold Daniel (SVP)
	Bernhard Niklaus (SVP)
	Kohli Stephan (SVP)
	Stucki Simon (SVP)
	Wälti Martin (SVP)
	Zingg Stephan (SVP)
	Burkhard Charlotte (SP)
	Cavargna Tiziano (SP)
	Federer Guido (SP)
	Flentje Burkhard Sibylle (Grüne)
	Fröhlich Viktor (SP)
	Gimmel-Kündig Sandra (SP)
	Goetschi Thomas (SP)
	Gränicher Marius (SP)
	Von Arx Roland (Grüne)
Abwesend	Aqtashi-Aqtashi Marzia (SP)
	Hirsbrunner Bruno (SVP)

Lehmann Manfred (BDP)
Müller Bernhard (EVP)
Nydegger Stefan (SP)
Steinmann Hans Ulrich (SVP)

Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka Lädrach Markus Moser Christoph Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
Sekretariat	Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 16. Oktober 2017: Genehmigung
3. 12/0/0 Parlament
Änderung des Personal- und Behördenreglements: Genehmigung
4. 32/2/9 Schulanlage Wyden Worb (Parzelle 660)
Sanierung von Aula und Foyer: Kreditbewilligung
5. 32/2/10 Schulanlage Zentrum Worb (Parzelle 33)
Neugestaltung des Dorfschulhausplatzes und des angrenzenden Strassen-
raums, Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme
6. 32/3/1 Kindergartenanlage Hänsel und Gretel Rüfenacht (Parzelle 2344)
Kindergarten Hänsel und Gretel; Neubau: Kreditbewilligung
7. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Provisorische Wahl 2. Stimmzähler

Beschluss:

Da der 2. Stimmzähler Bruno Fivian verspätet kommen wird, wird Niklaus Bernhard, SVP als provisorischer 2. Stimmzähler bis zum Eintreffen von Bruno Fivian gewählt.

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 376	13.11.2017	1	2017/21-47	143	12/0/0

Ratspräsidentin Zwahlen-Leibundgut Beatrix: Ihr habt mit den Sitzungsunterlagen die Anmeldung für unser Schlussessen erhalten, welches bereits nach unserer nächsten Sitzung stattfinden wird. Ich bitte euch, die Anmeldungen heute Abend beim Ratssekretariat abzugeben. Ebenfalls habt ihr immer noch das Politforum Thun offen. Auch diese Anmeldung könnt ihr heute Abend beim Ratssekretariat abgeben. Ich möchte noch bekannt geben, dass die nächste Sitzung vom 11. Dezember 2017 bereits um 17.30 Uhr beginnt, da wir anschliessend Fondueessen gehen und damit wir dieses Fondue auch verdauen können.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Aufmerksame Leser der Worber Post wissen eigentlich schon alles. Ich möchte jedoch der Vollständigkeit halber hier im Plenum bekannt geben, dass man rund um die Ablehnung des Finanzplanes Abklärungen beim AGR gemacht hat. Wir benötigen keinen neuen Finanzplan. Worb hat mit den eingereichten Unterlagen gezeigt, dass wir die Planung durchführen und nicht auf einen Fehlbetrag zusteuern. Somit wird der nächste Finanzplan für die nächste Periode sein. Wir hoffen, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt die Differenzen um die Investitionshöhe im Parlament bereinigen können. Zu diesem Thema werden wir bereits in der Dezember-Sitzung des GGR die Frage zur Erheblichkeit der Motion behandeln, damit wir auch dort etwas Vorsprung erhalten und schneller in dieses Thema gehen können.

Gemeinderat Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Zum dritten Mal seit 2009 haben der WWF und der VCS ein Umweltgemeinderating im Kanton Bern durchgeführt. Worb hat den hervorragenden ersten Rang in der Kategorie weitere Umweltbereiche erreicht. Dort wurden Themen wie Raumplanung, Natur und Landschaftsschutz sowie Abfallbewirtschaftung bewertet. Leider liegt Worb im Bereich Energie nur auf den hinteren Rängen. Im Gesamtrating hat es für den 13. Platz gereicht. Das Umweltgemeinderating hat zum dritten Mal nach 2009 und 2013 den Leistungsausweis der energierelevanten Gemeinden im Kanton Bern gemessen. Von 35 angefragten Gemeinden haben 27 an der schriftlichen Befragung teilgenommen. In diesen Gemeinden leben rund 51 % der Bevölkerung. Nachdem Worb im 2013 nicht am Rating teilgenommen hat, haben wir diesmal mitgemacht. Mit einem Erfüllungsgrad von 66,1 % haben wir fast genau in der Mitte abgeschlossen. Wie schon gesagt, liegt Worb einerseits bei den weiteren Umweltbereichen auf Rang 1. Andererseits haben wir bei der Energie deutlich unter dem Durchschnitt auf Rang 24 abgeschlossen. Im Bereich Mobilität hat Worb einen hohen Erfüllungsgrad erreicht. Deutlich über dem Durchschnitt auf Rang 10. Insbesondere im öffentlichen Verkehr und beim motorisierten Individualverkehr sind die Resultate gut. In der Energie liegt Worb wirklich auf den hinteren Rängen, und zwar auf dem Drittlezten. Mit Ausnahme des Teilbereichs Kommunikation wird in keinem Teilbereich ein durchschnittliches Resultat erzielt. Besonders gross ist der Rückstand in den Teilbereichen Energiestrategie und Energiemix. Die Bestwerte sind wie bereits erwähnt unter den weiteren

Umweltbereichen. In den einzelnen Teilbereichen sind die Resultate entweder durchschnittlich oder liegen klar darüber. Positiv bewertet sind die Schaffung von Feuchtbiotopen, die Renaturierung der Worble und die Beratungsangebote für die Landwirtschaft betreffend ökologischer Ausgleichsflächen. Der Gemeinderat ist erfreut über das Spitzenresultat der Einwohnergemeinde Worb in der Kategorie weitere Umweltbereiche. Die Anstrengungen und Investitionen, welche in den letzten Jahren in der Raumplanung und im Natur- und Landwirtschaftsschutz getätigt wurden, tragen nun Früchte. Das vergleichsweise schlechte Abschneiden im Bereich Energie zeigt den bestehenden Nachholbedarf schonungslos auf und bestätigt, dass die im Massnahmenplan 2017 – 2021 eingeleiteten Schritte und Korrekturmassnahmen richtig und nötig sind, damit wir im Quervergleich mit anderen Gemeinden schritthalten können. Das gesamte Umweltgemeinderating ist auf den Seiten von WWF und VCS aufgeschaltet, falls sich jemand dafür interessiert.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Mit grosser Freude und jetzt noch mit Vorfreude darf ich euch nochmals auf die Eröffnungsfeier der neuangesiedelten Worber Gemeindebibliothek aufmerksam machen. Die Eröffnungsfeier ist nächsten Samstag von 10.00 bis 11.00 Uhr für die offiziellen Gäste, zu welchen ihr zählt. Ihr habt die Einladung erhalten. Ich freue mich, wenn ihr dabei seid. Ihr dürft nicht nur Lesehunger mitbringen, ihr dürft auch ein kleines „Hüngerli“ mitnehmen, da ein Apéro offeriert wird.

Utiger Heinz, EVP: Ein kurzer kleiner Motivationsschub für die nächsten anstrengenden Geschäfte. Etwas Herbstliches. Ein Berner namens Kari Klee ging auf die Jagd und schoss ein Reh und brachte dieses seiner Gattin. Doch diese statt zu loben, hat ihn mit herben Worten weggejagt und unter anderem gesagt, dass er nun in der Tinte sitze. Das Reh war nämlich Nachbars Gitze.

Protokoll der Sitzung vom 16. Oktober 2017: Genehmigung

Sitzung Nr. 376	Datum 13.11.2017	Traktandum 2	Beschlussnummer 2017/21-48	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt die Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Änderung des Personal- und Behördenreglements: Genehmigung

Sitzung Nr. 376	Datum 13.11.2017	Traktandum 3	Beschlussnummer 2017/21-49	Geschäftsnummer 1323	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	-------------------------	------------------------

Detailberatung

Burkhard Charlotte, GPK: Auslöser des Geschäftes ist das Postulat der EVP-Fraktion vom 15. Februar 2016. Das Festlegen neuer Sitzungsgelder bedingt eine Anpassung des Art. 38 im Personal- und Behördenreglement. Entgegen der Voten der Parteien, die in Ziff. 2.2 aufgeführt werden, hält der Gemeinderat fest, dass er die Mitarbeiter in allen Gremien gleich entschädigen will. Der Gemeinderat begründet seinen vom Grossen Gemeinderat abweichenden Antrag gut nachvollziehbar. Die aufgeführten Vergleiche anderer Gemeinden des Kantons Bern sind gut gewählt. Sie sind hilfreich zur objektiven Einschätzung und Meinungsbildung. Mit der Lösung aus Zollikofen wählt der Gemeinderat die kostengünstigste Variante als Entschädigungsgrundlage. Die Geschäftsprüfungskommission erachtet es als sinnvoll, dass der Gemeinderat die nötigen Anpassungen zum Anlass nimmt, auch weitere Änderungsanliegen zur Diskussion zu stellen. Das vorliegende Geschäft ist transparent dargestellt und gut begründet. Die Konsequenzen, welche die Änderung im Reglement mit sich bringen, werden gut erläutert. Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat, die Änderung des Personal- und Behördenreglement zu behandeln.

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Wie bereits erwähnt, ist die vorliegende Änderung des Personal- und Behördenreglements durch das Postulat der EVP-Fraktion ausgelöst worden, das der Grosse Gemeinderat am 15. Dezember 2016 als erheblich erklärt hat. Gemäss dem Postulat sollen die Sitzungsgelder mit anderen Gemeinden verglichen und entsprechend angepasst werden. Eine Änderung der Sitzungsgelder bedingt eine Anpassung des Personal- und Behördenreglements. Wir haben diese Gelegenheit genutzt, noch drei weitere Anliegen, die dieses Reglement betreffen, zur Diskussion zu stellen: einerseits die Frage der Weiterbeschäftigung nach dem 65. Altersjahr. Hier entsprechen unsere Bestimmungen nicht mehr dem kantonalen Personalgesetz. Zudem die Nebenbeschäftigungen des Gemeindepräsidiums, namentlich die Einsitznahme im Grossen Rat oder in einem eidgenössischen Parlament. Zu dieser Frage hat es bisher keine rechtlichen Bestimmungen gegeben. Und zuletzt soll die Bestimmung aufgehoben werden, dass das Teilnehmen an Sitzungen für das Verwaltungspersonal nicht als Arbeitszeit gilt, wenn die Sitzung erst um 19.00 Uhr oder später beginnt. Zur Änderung des Personal- und Behördenreglements hat der Gemeinderat nach den Sommerferien eine Vernehmlassung bei den Worber Parteien durchgeführt. Diese dauerte vom 15. August bis 8. September 2017. Es sind Stellungnahmen von der EVP, der FDP, Die Liberalen, der SP und der SVP eingegangen. Der Vorschlag des Gemeinderates, für alle Gremien die gleichen Sitzungsgelder auszurichten und als Ansatz die Regelung der Gemeinde Zollikofen zu übernehmen, wird von allen Parteien unterstützt. Ebenso hat sich niemand dagegen ausgesprochen, dass die Gemeinde die Kommissionsessen nicht mehr finanziert. Zur Weiterbeschäftigung nach dem 65. Altersjahr: Hier unterstützen alle Parteien, dass die kantonalen Bestimmungen übernommen werden. Auch bezüglich der Nebenbeschäftigungen des Gemeindepräsidiums sind die Parteien mit der vorliegenden Fassung einverstanden. Einzelne Parteien weisen noch explizit darauf hin, dass die Nebenbeschäftigungen des Gemeindepräsidiums den Interessen der Gemeinde nicht zuwiderlaufen dürfen und gegenüber dem Gemeinderat offengelegt werden müssen. Das Anliegen, dass die Mitarbeit des Verwaltungspersonals in Sitzungen neu grundsätzlich als Arbeitszeit gilt, auch wenn die Sitzung nach 19.00 Uhr beginnt, wird von den Parteien ebenfalls unterstützt. Ein Teil der Parteien regt zudem an, bei den Abteilungsleitenden das Modell der Vertrauensarbeitszeit zu prüfen. Dabei müssten diese nicht mehr ein- und ausstem-peln. Weil der Kanton dieses Arbeitszeitmodell bisher nicht eingeführt hat, will dies der Gemeinderat auch nicht weiterverfolgen. Hingegen stimmt der Gemeinderat dem Vorschlag zu, dass Mitarbeitende der Gemeinde nur dann an Sitzungen teilnehmen, wenn dies aufgrund der Geschäfte auch tatsächlich erforderlich ist. Und ihr seht, es ist neben dem Gemeindeschreiber nur noch Urs Thöni anwesend, da er der Einzige ist, welcher hier ein Geschäft hat. Die anderen haben hier heute nichts zu suchen. Der Gemeinderat bittet euch, die vorliegenden Änderungen des Personal- und Behördenreglements zu genehmigen.

Fröhlich Viktor, SP+Grüne: Eines der Kernanliegen der sozialdemokratischen Politik ist die finanziell angemessene Entschädigung für geleistete Arbeit. Das hier vorliegende Geschäft zielt genau in diese Richtung. Die Fraktion SP+Grüne wird die Änderung des Reglements annehmen.

Jost Catarina, GLP: Die GLP und die BDP stehen hinter diesem Geschäft. Wir werden dem zustimmen und finden es eine gute Sache. Wir haben darüber diskutiert und die ganzen Themen angeschaut. Dazu möchten wir euch etwas mitgeben, nicht für heute und nicht für morgen, aber für übermorgen, sollte es denn mit der Gemeinde wieder nach oben gehen. Es wäre doch schön, wenn man im Jahre xy als Wertschätzung gegenüber den Leuten, die hier immer wieder für viele Personen einstehen, ein Weihnachtsessen durchführen würde. Aber eben, Essen, Bratwürste usw. haben manchmal lange zu kochen und wir nehmen dies mit nach Hause. Wer weiss, vielleicht erleben wir dies noch einmal. Das Zweite, was wir uns überlegt haben und wir nicht als schlecht empfunden haben, obwohl wir jetzt dem anderen zustimmen, ist die Gemeinde Münsingen, welche einen Stundenansatz für Sitzungen hat. Das wäre doch eigentlich eine Sache, welche das kosten würde, was es kostet. Es muss nicht immer mehr, sondern kann auch einmal weniger sein. Wie gesagt, denkt an die Bratwürste, vielleicht in drei bis vier Jahren.

Messerli Gregor, FDP, Die Liberalen: Wir begrüßen es sehr, dass die Verwaltung zu einer Vernehmlassung eingeladen hat. Es hat mich auch gefreut, dass Niklaus im Sinne einer gesamten Berichtserstattung die Ergebnisse noch etwas ausgeschmückt hat. Es ist immer spannend zu sehen, wie die Kollegen aus anderen Parteien zu Themen Stellung nehmen. Vielleicht könnte man das beim nächsten Mal direkt in die Voraussetzungen integrieren. Zum Thema Sitzungsgeld: Meine ganz persönliche Meinung dazu ist, dass ich es per se eigentlich schade finde, dass wir alles im Zusammenhang mit freiwilligen Arbeit, was die Politik und die Teil-

nahme in Kommissionen ja ist, abgelten müssen. Aber offensichtlich ist es nun einmal so, sei es in Sportvereinen oder in der Politik, nichts kann mehr gratis gemacht werden. Ich weiss auch nicht, ob wir mit diesen Zahlungen eine bessere Politik oder bessere Fussballer haben, was man ja in der Freizeit freiwilligerweise übernimmt. Wenn man aber sagt, dass es tatsächlich etwas kosten muss, ist es gut, wenn man sich an anderen Gemeinden orientiert. Und da bin ich wie die FDP der Meinung, dass die Zollikofer-Lösung eine schlaue Sache ist. Wie die GPK bereits ausgeführt hat, war es auch für mich auffällig, dass wir am 15. Februar 2016 festgehalten haben, dass nicht alle Behörden entschädigt werden sollen. Es hat mich damals schon geärgert, als ich in den Unterlagen gelesen habe, dass man wieder für alle etwas macht. Dies an sich stört mich nicht, die Argumentation dazu jedoch schon. Da bin ich nicht der Meinung der GPK, dass es gut begründet sei. Überhaupt nicht, weil davon gesprochen wird, dass es gerecht sein soll und alle etwas erhalten sollen, da die Arbeit gleichwertig sei, was schlichtweg nicht stimmt. Ich möchte kurz belegen, weshalb dem so ist. Im Anhang 2 der Personalverordnung geht es um die Einreihung der Stellen in Gehaltsklassen und diese zeigen, dass es eben nicht so ist, dass alle Arbeiten gleichgewichtet sind und somit auch anders entschädigt werden. Zum Beispiel die Kollegin, Leiterin Polizeiabteilung, ist eingereiht in der 22. Gehaltsklasse, alle anderen Abteilungsleiter in der 24. Die stellvertretenden Abteilungsleiter, am Beispiel der Bauabteilung sind in der 21. Gehaltsklasse, die Stellvertretung der Leiterin Polizeiabteilung jedoch in der 17. Ich kann noch weitermachen: Die Dienstchefs/Dienstchefinnen bei den Steuern sind in der Gehaltsklasse 16, der Zivilschutzkommandant in der 18. Das zeigt auf, dass es nicht gleichwertig ist. Da ist man doch lieber ehrlich und sagt, dass alle gleich viel erhalten, aber man sollte nicht von Gleichwertigkeit sprechen. Noch kurz zum Thema Arbeitszeit: Die FDP hat auch eingefordert, dass man Vertrauensarbeitszeit für Kadermitarbeitende einführen würde. Das ist ein Modell, welches sich in der Privatwirtschaft bestens bewährt hat und praktisch überall geführt wird. Es gibt auch eine rechtliche Grundlage dazu, welche dies legitimieren würde. Nun ist es offensichtlich so, dass dies der Kanton nicht hat und die Gemeinde Worb dies somit auch nicht einführt. Auch diese Argumentation ist sachlich sicherlich nicht falsch, sie erscheint mir jedoch wenig fortschrittlich, weil ich ganz klar der Meinung bin, dazu nehme ich das Personal- und Behördenreglement, Art. 31 hervor, in welchem steht: „Der Gemeinderat regelt die Arbeitszeit sowie die Art und Weise wie sie geleistet wird (Arbeitszeitmodell)“. Man hätte sehr wohl die Gelegenheit, ein Modell einzusetzen, welches heute „state of the art“ ist, sich bewährt und den Mitarbeitenden unter dem Strich einen Mehrwert generiert. Und eigentlich ist die Vertrauensarbeit nicht verwaltungsfremd, auch die Bundesverwaltung macht dies bereits. Es ist also nichts, dass quer in der Landschaft steht, im Gegenteil, da schaue zu unseren Medienvertretern, es wäre doch von Vorteil, wenn man morgen in der Presse lesen könnte: „Worb geht voran mit einem modernen Arbeitszeitmodell.“ Das wäre doch gute Presse und wie vorher bereits beschrieben, möchten wir attraktiv sein und dies wäre eventuell einer der Schritte gewesen.

Aebersold Daniel, SVP: Die SVP wird der Änderung des Personal- und Behördenreglements zustimmen. Der Vergleich mit anderen Gemeinden zeigt auf, dass die Sitzungsgelder in Worb auch in Zukunft gegenüber den anderen nicht zu hoch sein werden. Die Mehrkosten werden für die Gemeinde rund CHF 13'000.00 betragen. Somit wird die Gemeinde ungefähr gleich hoch belastet wie vor der Senkung der Sitzungsgelder. Einer Anpassung der kommunalen Bestimmungen zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen an die kantonalen Bestimmungen finden wir richtig. Bei den Änderungen betreffend einer Mitgliedschaft des Gemeindepräsidenten im Grossrat herrscht bei uns eine Abweichung zu den anderen Parteien. Wir hätten gerne gesehen, wenn die Entschädigung eines Grossratsmandates abgesehen von den Spesen vollumfänglich der Gemeinde zufließen würde. Mit der getroffenen Lösung können wir allerdings leben. Mit der vorliegenden Lösung, dass die Sitzungsteilnahme für das Gemeindepersonal als Arbeitszeit gilt, ist die SVP einverstanden.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 33 zu 0 Stimmen mit 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 47 Abs. 1 Bst. a der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Änderung des Personal- und Behördenreglements wird genehmigt.
2. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 47 Abs. 1 Bst. a
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35

der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Schulanlage Wyden; Sanierung Aula und Foyer: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 376	Datum 13.11.2017	Traktandum 4	Beschlusnummer 2017/21-50	Geschäftsnummer 20159	Archivnummer 32/2/9
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	------------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Utiger Heinz, GPK: Dieses Geschäft wurde gut strukturiert vorbereitet und enthält alle Informationen, damit es verständlich ist. Man hat den Unterlagen sogar Pläne angefügt und ergänzt, damit man dies auch bildlich sehen kann. Das Geschäft ist gut begründet und alle Angaben sind vorhanden. Hier handelt es sich um eine Standardsanierung. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat, die Sanierung der Aula mit dem Foyer von der Schulanlage Wyden mit einem Verpflichtungskredit von 480'000 Franken zu behandeln.

Gemeinderat Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Markus Lädach hat gerade gesagt, ob die GPK eigentlich keine Kritik zu diesem Geschäft habe. Ich musste ihn gerade in die Seite stossen. Man muss nicht immer alles nur kritisieren. Man kann auch mal etwas so hinnehmen, wie es kommt. Oder nicht? Das Geschäft hier mit der Sanierung von Aula und Foyer im Schulhaus Wyden war schon lange ein Thema im Gemeinderat. Ihr könnt es hier lesen, schon im 2009 war es ein Thema, dann wurde es verschoben und schlussendlich sind wir so weit, dass es nochmals verschoben wurde. Jetzt kommen wir schon bald in die nächste Planungsphase nämlich 18 – 21. Eine der Kritiken, welche ich von unserer Fraktion gehört habe, ist sicherlich, wo hier die Zahlen eigentlich sind. In den Unterlagen haben wir keine Zahlen. Es wird nur beschrieben, was eigentlich gemacht wird. Also liefere ich die Zahlen, damit ihr diese sehen könnt. Es ist eigentlich transparent, diese sind auch aufgelegt und man konnte sie einsehen. Auch zu der Geschäftsbearbeitung sind dort eigentlich wichtige Punkte gewesen, welche man berücksichtigen musste. Einerseits sind dies die Gebäudeschadstoffe, bei Gebäuden, welche vor 1990 gebaut wurden. Diese werden grundlegend auf Gebäudeschadstoffe, sprich Asbest, untersucht. Auch in diesem Schulhaus wurde dies wahrgenommen und dies musste sein. Dies ist auch ein Auftrag gewesen und somit konnte man dies abklären und man hat eine Sicherheit, dass man nicht überrascht wird. Die Erdbebensicherheit hat man erstmal für das ganze Schulhaus und für den Turm mit den Turnhallen klären lassen. Dies hat man gemacht und nicht nur speziell auf die Aula oder das Foyer, sondern dies hat man in Bezug, wie ihr sicher alle wisst, dass man dort noch weiteren Sanierungsbedarf auch bei der Turnhalle hat, auf das ganze Schulhaus ausgeweitet. Schlussendlich wurde festgestellt, dass nicht alles erdbebensicher ist und man noch einen Kredit holen muss, falls es zu einem weiteren Schritt, die Turnhalle zu sanieren, geht. Hier können sicher noch Kosten auf uns zukommen. Ein hindernisfreies Bauen ist klar, heutzutage ist dies eigentlich gegeben. Effizienz von der bestehenden Gebäudehülle in Bezug auf den Gesamtenergieverbrauch und natürlich auch die Wirtschaftlichkeit in der Haustechnik. Ihr habt es gelesen, dies alles zusammen in einer ersten Phase kostet 480'000.00 Franken. Ich bitte euch, diesen Verpflichtungskredit zu unterstützen. Ich habe noch vergessen zu sagen, bei solchen Ausschreibungen ist es natürlich auch wichtig, dass man das ansässige Gewerbe mitberücksichtigt. In der gesamten Sanierung der Aula und dem Foyer sind schon fünf Gewerbebetreibende der Gemeinde Worb, welche dort offeriert haben und unter Umständen auch berücksichtigt werden.

Cavargna Tiziano, SP+Grüne: Das Wyden-Schulhaus hat mit seiner 50- bis 60-jährigen Geschichte materiellem, wie auch immateriellem Wert. Hinein und hinaus sind wir schon alle. Vielleicht sogar als Schüler oder Schülerin, als Eltern oder als Vereinsmitglied. So gesehen, ist diese Schulanlage ein wichtiger Ort in unserem Dorf. Unsere Fraktion SP+Grüne spricht sich klar für die Sanierungsarbeiten von der Aula und dem Foyer der Wydenschule aus und stimmt der Kreditbewilligung zu. Es wird uns eine zweckmässige, umfassende und nicht

luxuriöse Lösung präsentiert, welche die beiden Gebäudeteile aufwertet und dessen Energieverbrauch bedeutend senken wird. Die vielen Benutzer und Benutzerinnen werden sich darüber freuen. Ich schliesse mit dem gleichen Gedanken wie der Gemeinderat ab. Wir hoffen, dass für die Ausführung der verschiedenen Arbeiten möglichst viele Worber Firmen berücksichtigt werden.

Zwyer Lukas, BDP: Die BDP und die GLP sind der Meinung, dass wir trotz der Rückweisung des mittelfristigen Finanzplanes den Unterhalt der Gebäude nicht vernachlässigen dürfen. Mit dem Einhalten des Energiestandards erfüllen wir die in Punkt 6 erwähnten Ziele und man macht gleichzeitig eine sinnvolle Investition in die Ökologie und Nachhaltigkeit, welche auf lange Zeit kostensparend sein wird. Die BDP und GLP empfehlen daher die Annahme der Kreditbewilligung.

Fivian Bruno, SVP: Jetzt hat mir der Gemeinderat gerade den Wind aus den Segeln genommen, da wir an der Fraktionssitzung genau um den Punkt Kosten diskutierten. Wir mussten dazu einfach sagen, für ein Geschäft seriös beurteilen zu können, muss man auch wissen, wie viel es kostet. Mit den sämtlichen anderen Punkten sind wir einverstanden. Aufgrund der angespannten zukünftigen Finanzlage im Haushalt unserer Gemeinde wäre es wirklich gut, wenn die Kosten bei zukünftigen Geschäften klar ausgewiesen wären. Jetzt werden wir dem Geschäft wegen der Dringlichkeit der Situation, auch wenn wir nicht genau gesehen haben, wie sich die Kosten zusammenstellen, zustimmen, in der Hoffnung, dass alle bis zu diesem Zeitpunkt Beteiligten seriös gearbeitet haben.

Schweizer Hans Peter, FDP: Die Sanierung zum Werterhalt der Aula und des Foyers des Schulhauses Wyden nach mehr als 50 Betriebsjahren ist unbestritten notwendig. Bereits sind die Kosten im Budget 2018 eingestellt und das Budget haben wir an der letzten Sitzung hier einstimmig angenommen. Die Sanierung auf den Minergiestandard finden wir grundsätzlich sinnvoll, wobei in der Botschaft die Alternative ohne Minergiestandard als Vergleich sicherlich wünschenswert wäre. Wenn wir Minergie bauen, dann sind wir sehr wahrscheinlich im nächsten Rating vom WWF und VCS auch etwas weiter vorne mit der Energie. Überraschend für mich ist eigentlich die Bausubstanz dieses Gebäudes, welche weit über 50, 60 Jahren in Betrieb ist und im Vergleich dazu haben wir andere Schulanlagen, welche deutlich jünger sind und bereits an der Grundsubstanz saniert werden müssen. Kritisch möchte ich mich allerdings noch darüber äussern, wie das Geschäft abgelaufen ist. Man konnte aus dem Protokoll der Fiko lesen, dass der GGR vor der Fiko über das Geschäft befunden hat. Damit die Kommissionen ihre Geschäfte richtig abhandeln können, müsste dies unbedingt und zwingend den anderen Weg gehen. Somit können die Kommissionen ihre Aufgaben auch wirklich wahrnehmen. Weiter wünschenswert und dies darf man, vor der Weihnachten noch Wünsche anbringen, wären die Beurteilungen der Kommissionen in den Botschaften. Die FDP wird dem Kredit zustimmen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für die Sanierung der Aula mit Foyer der Schulanlage Wyden wird ein Verpflichtungskredit von CHF 480'000.00 bewilligt.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Neugestaltung des Dorfschulhausplatzes und des angrenzenden Strassenraums, Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 376	Datum 13.11.2017	Traktandum 5	Beschlusnummer 2017/21-51	Geschäftsnummer 20382	Archivnummer 32/2/10
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	-------------------------

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Neugestaltung des Dorfschulhausplatzes und des angrenzenden Strassenraums“ wird Kenntnis genommen.

Doppelkindergarten Hänsel und Gretel; Abbruch und Neubau: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 376	Datum 13.11.2017	Traktandum 6	Beschlusnummer 2017/21-52	Geschäftsnummer 1423	Archivnummer 32/3/1
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	-------------------------	------------------------

Eintretensdebatte

Jorio Marco, GPK: Es läuft etwas anders, als wir uns dies vorgestellt haben. Ich hätte jetzt unsere Stellungnahme dazu abgeben wollen und zum Schluss zum Eintreten kommen. Ich werde gerade das gesamte Geschäft, also den Geschäftsablauf behandeln bzw. vortragen, was die GPK zum Geschäft sagt, damit ihr seht, wie wir zum Antrag kommen, darauf einzutreten. Insbesondere da wir wissen, dass ein Nichteintretensantrag kommt. Die GPK hat dieses Geschäft bzw. den Geschäftsablauf gründlich angeschaut. Zuerst ein grosses Lob. Der Ablauf des Gesamtleistungswettbewerbs ist sehr gut dargestellt. Man sieht die Meilensteine und da haben wir bereits erste Fortschritte, gegenüber früheren Vorlagen. Es gibt jetzt trotzdem noch eine Kritik: Es fehlt alles, was vor dem 30. Mai 2016, dies ist der Start dieses Wettbewerbes, passiert ist. Der Gesamleistungswettbewerb ist ja nicht vom Himmel gefallen. Also möchten wir gerne wissen, seit wann ist eigentlich der Kindergarten ein Thema. Sehr mager ist für uns die Begründung, warum ein Neubau nötig ist. Gerade mit zweieinhalb Zeilen wird diese Frage abgetan. Vor allem weil nach 45 Jahren ein Gebäude in der Regel noch nicht so baufällig ist, dass es gleich ersetzt werden muss. Wyden, welche wir gerade vorhin beschlossen haben, wird ja nach 52 Jahren saniert und nicht abgerissen. Hier herrscht unseres Erachtens noch Erklärungsbedarf, weil vor allem nicht klar ist, ob es schlussendlich der Zustand des Gebäudes oder pädagogische Gründe sind, die für einen Neubau sprechen. Ist das Gebäude baulich nicht mehr zu retten oder geht es um eine neue Art, den Kindergarten zu führen? Also wer will einen neuen Doppelkindergarten der Herr Bauminister oder der Herr Bildungsminister oder beide? Die GPK findet den Gesamtleistungswettbewerb eine sinnvolle und innovative Lösung. Wir sind aber etwas überrascht, dass die Streuung der Kosten zwischen 1,7 Mio. und 2,8 Mio. enorm gross ist. Die GPK kann nicht verstehen, dass man nicht ein Kostendach oder Kostenvorstellungen vorgegeben hat. Diese haben offensichtlich bestanden, nämlich um 2 Mio. Jetzt haben wir nur ein einziges Projekt, welches unter 2 Mio. liegt, glücklicherweise das Gewinnerprojekt. Die anderen Projekte sind eigentlich jenseits der finanziellen Schallgrenze und fallen daher aus finanziellen Gründen ausser Betracht. Auch das Siegerprojekt liegt nur dank dem unter 2 Mio., dass der Gemeinderat die Position Unvorhergesehenes gestrichen hat. Ansonsten wäre auch dieses Projekt knapp über 2 Mio. gelegen und es hätte eine obligatorische Volksabstimmung gebraucht, die man offensichtlich vermeiden wollte. Für die GPK ist dies ein politisch etwas gefährlicher Trick. Die Fiko, dies konnte man hören oder lesen, hat die Vorlage aus finanzpolitischen Gründen als nicht tragbar abgelehnt. Uns fehlt eine Begründung des Gemeinderates, warum er den Kredit für finanziell tragbar hält. Die GPK, und jetzt kommen wir zum Eintreten, hat sich auch mit der Frage auseinander gesetzt, ob sie dem GGR nach der Rückweisung der Finanzplanung 2018 – 2022 für Kreditanträge des Gemeinderates überhaupt noch ein Eintreten beantragen soll. Wir sind zum Schluss gekommen, dass diese Rückweisung der mittelfristigen Finanzplanung keinen kurzfristigen Investitionsstopp auslösen darf. Die Liegenschaften müssen weiter unterhalten oder wie im Fall von Hänsel und Gretel allenfalls ersetzt werden, da ansonsten wirklich ein Investitionsstau entsteht, welcher dann langfristig nur unter erheblichen Mehrkosten behoben werden kann. Die GPK beantragt daher dem GGR, trotz diesen Mängeln, welche ich aufgezählt habe in der Botschaft, auf das Geschäft einzutreten. Die GPK erwartet aber, dass der Gemeinderat in der Debatte die fehlenden Informationen nachliefert.

Suter Michael, FDP: Für die FDP-Fraktion beantrage ich heute, dass der Grosse Gemeinderat auf das vorliegende Geschäft nicht eintritt. Eines vorweg, die FDP ist nicht grundsätzlich gegen einen neuen Kindergarten in Rüfenacht und wir sind auch nicht grundsätzlich gegen notwendige Investitionen zumal im Bildungsbereich. Gegen dies haben wir nichts. Aber mit 2 Mio. Franken geben wir heute ganz viel Geld aus oder könnten dies ausgeben. Dies möge sehr wohl überlegt sein. Ich begründe den Nichteintretensantrag wie folgt: Dem Rat liegen heute schlicht und ergreifend und zusammenfassend nicht genügend Informationen vor, um dieses Geschäft sinnvoll zu behandeln. Es werden dem Rat sogar Informationen, welche wichtig sind, vorenthalten.

Die Botschaft, welche wir erhalten haben, ist nämlich stark unvollständig und zwar in folgenden drei Punkten: 1. Die Botschaft geht, wie dies bereits durch die GPK gesagt wurde, nur äusserst kurz auf den Grund ein, warum es überhaupt einen neuen Kindergarten braucht. Pauschal wird dort einfach davon ausgegangen, dass nach so und so vielen Jahren ein Kindergarten zwingend durch einen Neubau ersetzt werden muss. Auch soll ein Raum für Deutsch als Zweitsprache von Nöten sein. Dies alleine wäre ja noch nicht ein Problem, aber die Frage ist ein wenig, ob all diese Personen, welche heute in Rüfenacht oder dort in der Region wohnen, welche jetzt den Raum zwingend benötigen, diesen auch noch in zehn Jahren benötigen. Diesbezüglich hat man sich offenbar keinerlei Gedanken gemacht. Wenn man sich diese gemacht hat, dann sind sie in der Botschaft nicht abgebildet. Die Botschaft schweigt sich diesbezüglich aus und wir können daher auch nicht beurteilen, ob sich die Investition längerfristig rechnet oder über welchen Zeitraum die Investition amortisiert oder abgeschrieben wird. 2. Der heutige Kindergarten Hänsel und Gretel ist seit mehreren Jahren als erhaltenswert im Bauinventar aufgenommen. Er ist also unter Denkmalschutz. Natürlich, bei erhaltenswert handelt es sich um die geringste Baustufe, also um die geringste Schutzstufe. Die Tatsache ist jedoch in der Botschaft mit keinem Wort erwähnt, obwohl nach meinen Abklärungen die Vertreter der Bauverwaltung natürlich über diese Tatsache Bescheid wussten. Jetzt ist es zwar so, dass erhaltenswerte Objekte grundsätzlich abgerissen werden dürfen. So einen Abriss muss man jedoch begründen. Diese Begründung muss man spätestens im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens, welches es nach dem heutigen Beschluss, wenn wir zustimmen, brauchen würde, einholen. Federführend wäre der Regierungstatthalter. Die Denkmalpflege würde zur Stellungnahme aufgefordert. Ich habe mir erlaubt, bei der Denkmalpflege nach zu fragen und bei der Denkmalpflege hat man über die Worber Pläne zum Abriss des Kindergartens nichts gewusst. Ich finde dies schade. Dies ist von mir aus gesehen eine verpasste Chance und birgt von mir aus gesehen das Risiko, dass die Gemeinde heute nach einer relativ blauäugigen Zustimmung einfach wieder einmal eine Planungsleiche produziert. Wohlverstanden es könnte gute Gründe geben, warum ein unter Schutz gestelltes Objekt abgerissen wird, aber dann muss sich doch eine Botschaft mit diesen Gründen auseinandersetzen. Wir haben gewisse Argumente im Ansatz gehört. So kann man wohlbegründet zum Schluss kommen, dass ein Abriss eben mehr Sinn macht. Die Botschaft ist jedoch äusserst kurz und ungenügend, dass man sich heute hier ein Bild machen kann. 3. Schliesslich ist in der Botschaft nicht erwähnt, dass das Geschäft auch den vorberatenden Kommissionen vorgelegt wurde und insbesondere die Fiko hat sich zum Geschäft äusserst dezidiert geäussert. Die Fiko ist nämlich der Meinung, dass die geplante Investition aus finanziellen Gründen nicht tragbar ist. Auch diese Stellungnahme fehlt in der Botschaft. Auch hier wieder darf der Gemeinderat natürlich auch anderer Meinung sein. Der Gemeinderat ist ein politisches Gremium und darf sich anders äussern als die Fiko. Dann muss er aber seine andere Position begründen, so dass der Grosse Gemeinderat hier ein vollständiges Bild erhält. Zum Beispiel, wir haben es hier zu Beginn der Sitzung gehört, beim Sitzungsgeld, bei dieser Vorlage ist die Stellungnahme der Fiko abgebildet und hier bei diesem Geschäft ist es bezeichnenderweise nicht der Fall. Meine Damen und Herren, ich möchte gerne glauben, dass wir heute Rüfenacht einfach einen neuen Kindergarten schenken können. Ich habe nichts gegen einen neuen Kindergarten, aber wie gesagt, wir geben über 2 Mio. Franken aus und ich habe das Gefühl, dass wir heute mit zu viel offenen Fragen konfrontiert sind. Nehmen wir also unsere Verantwortung wahr und geben dem Gemeinderat nochmals die Chance, das Projekt zu überarbeiten, so dass die offenen Fragen geklärt werden können. Aufgehoben ist ja nicht aufgeschoben. Hoffentlich habe ich jetzt dem Einen oder Anderen einen Denkanstoss gegeben. Ich schliesse darum und stelle den Ordnungsantrag auf einen Sitzungsunterbruch, damit dies in den Fraktionen diskutiert werden kann.

Beschluss:

Der Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch wird einstimmig angenommen.

Sitzungsunterbruch von 20:30 bis 20:40 Uhr.

Gemeinderat Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Zu diesem Nichteintretensantrag von Seite der FDP sind drei Gründe genannt worden. Der erste Grund, warum überhaupt ein neuer Kindergarten gebaut werden muss, dies geht auch in die Richtung der GPK. Es ist zu wenig beschrieben, warum es dies überhaupt braucht, sind es pädagogische oder bautechnische Gründe? Dazu gibt es Folgendes zu sagen: Der Kindergarten ist 45-jährig. Man musste grundlegend prüfen, ob man die beiden Gebäude saniert oder abreisst und einen Neubau hinstellt. Diese Abwägung wurde gemacht. Fachleute und zuständige Lehrerinnen, hier kommt der pädagogische Bereich dazu, sind ganz klar zur Meinung gekommen, dass eine Sanierung sehr aufwändig

würde. Der pädagogische Nachteil, dass beide Gebäude drei Stockwerke aufweisen, würde weiterbestehen. Der zweite Punkt ist, ob Gebäude überhaupt abgerissen und neu aufgestellt werden dürfen, wenn sie im Bauinventar als erhaltenswertes Objekt eingestuft sind. Es ist tatsächlich so, ich muss mich hier entschuldigen, dass dies in der Botschaft so nicht steht. Dies ist uns unterlaufen. Ganz zu Beginn, das ist natürlich klar, muss man prüfen, in was für einem Zustand das Gebäude ist und ob es im Bauinventar enthalten ist. Dies hat man abgeklärt. Die Auskunft, welche du Michael von der Denkmalpflege erhalten hast, kann schon sein, dass man gesagt hat, von Worb wisse man nichts. Aber ich weiss auch nicht, ob dort gerade alle Personen informiert sind über jede Anfrage, welche eintrifft oder nicht. Ich lasse dies mal im Raum so stehen. Fakt ist auf jeden Fall, wenn man einen solchen Prozess für einen Gesamtleistungswettbewerb auslöst und dem Gemeinderat 140'000 Franken bewilligt und am Schluss soll es daran scheitern, dass man vom Denkmalschutz her die Bewilligung für den Umbau nicht erhält. Es ist ganz klar, dass in einem solchen Fall, da wir Bauherr sind, die Baubewilligungsbehörde der Regierungsrat ist. Als Gemeinde legen wir die nötigen Unterlagen und Mitberichte dem Baugesuch bei. Natürlich sind auch unsere Begründungen enthalten, warum wir diesen Schritt gehen. Wichtig ist in der Begründung auch, dass das Gebäude wieder dem bisherigen Zweck zugeführt wird. 3. Punkt zur Frage, warum hier zum Beispiel die Fiko nicht erwähnt worden ist. Ich stelle fest und musste es bereits an der letzten Debatte feststellen, dass die Fiko eine wichtige Kommission ist, welche wir hier haben und wir nehmen diese zur Kenntnis. Die Meinung der Fiko ist für uns wichtig bei der Meinungsfindung, aber die Beschlüsse sind für uns nicht verbindlich. Wir haben jedoch in Worb nicht nur die Fiko. Wir haben auch andere Kommissionen zum Beispiel die Baukommission, welche in diesem Bericht auch nicht erwähnt ist, dass diese dazu Ja gesagt hat. Es ist nicht abwegig, dass man sagt, die eine Kommission erwähnt man und die andere nicht. Ich muss dazu sagen, man kann die Kommissionen in die Botschaft nehmen, aber es ist in den Abklärungen enthalten und ist somit alles richtig zu und her gegangen. Noch einen weiteren Punkt, welchen ich hier erwähnen möchte: Wir haben im Zusammenhang mit der Wichtigkeit von Fragen, welche im Raum stehen könnten, einen Informationsabend vor der Vernissage hier in der Gemeindeverwaltung veranstaltet. Es ist ein Armutszeugnis, wie viele Parlamentarier gekommen sind, ausgenommen die FDP, dies muss hier auch gesagt sein, diese waren zahlreich vertreten. Es war eine gute Diskussion und es wurden gute Fragen für die Meinungsbildung gestellt. Es ist sehr schade, dass sich nicht mehr Parteien bzw. Parlamentarier dies zu Herzen genommen haben. Ich möchte euch mit auf den Weg geben, dass wenn ihr dem Antrag auf Nichteintreten zustimmt, dann heisst dies für uns, das Geschäft ist vom Tisch. Ihr sagt damit einen solchen Kindergarten in Rüfenacht, ein solches Projekt wollen wir nicht. Das Geschäft wird somit in nächster Zeit, schon aufgrund der Finanzdebatte, in welcher wir uns befinden, nicht mehr ins Parlament kommen. Wenn das Geschäft zurückgewiesen wird, dann ist es klar, bearbeitet man das Geschäft weiter und überlegt, was man noch besser oder noch besser machen kann. Ich möchte euch dies einfach auf den Weg geben. Wenn ihr das Nichteintreten beschliesst, hat das erhebliche Auswirkungen.

Jorio Marco, GPK: Die GPK hat noch einmal die Köpfe zusammengestreckt, um auf den Nichteintretensantrag der FDP zu reagieren. Wir stellen fest bzw. haben bereits selber festgestellt, dass die Botschaft Mängel hat. Warum ein Neubau und die Stellungnahme der Fiko und es wäre gut, wenn alle Stellungnahmen von Kommissionen künftig aufgeführt wären. Diese zwei Punkte haben wir bereits vorgebracht. Ein starkes Stück finden wir, dass die Unterschutzstellung fehlt. Dies haben wir nicht gewusst. In den dicken Unterlagen habe ich nichts dazu finden können. Dies ist offenbar eine Panne gewesen. Wie wir es vorhin gehört haben, ein Nichteintreten ist nicht die Lösung für dieses Problem. Damit beerdigen wir den Kindergarten und dies ist nicht der Zweck der Übung. Die GPK empfiehlt euch dringend, auf das Geschäft einzutreten, damit der Kindergarten saniert oder neu gebaut werden kann, je nach dem, was man in der anschliessenden Diskussion beschliesst. Also bitte auf das Geschäft eintreten.

Cetin Mayk, EVP: Ich bin froh, dass Bruno hier sehr ausführlich die Meinung der FDP bzw. die Argumente korrigiert hat. Ich bin an der Infoveranstaltung dabei gewesen. Ich muss dazu sagen, Bruno hat es auch bereits gesagt, wir hatten dort die Gelegenheit, jede Frage zu stellen. Wir hatten Experten dort und haben auch zusammen diskutiert. Es ist wirklich eine gute Diskussion gewesen und daher finde ich es auch komisch, dass man jetzt kommt und sagt, dass man die Informationen gar nicht hatte. Klar, man kann einen Bundesordner machen, dies ist möglich, aber das Gefäss um Informationen einzuholen hatten wir GGR-Mitglieder alle, dies ist das Eine. Das Zweite sind die Fiko-Mitglieder. Ich bin auch ein Fiko-Mitglied und dies wisst ihr vielleicht auch. Hier muss ich sagen, ich habe dies auch schon das letzte Mal gesagt, jede Fraktion hat einen Fiko-Sitz. Dies bedeutet, man hat ein Botschafter, welcher in die Fraktionen geht und das Geschäft vertreten

kann. Auch dieses Argument, dass man die Fiko nicht explizit erwähnen muss, ist ein wenig fadenscheinig. Fadenscheinig darum, weil die FDP mit den Kosten begonnen hat. Wie kann es auch anders sein, man hat mit den Kosten argumentiert, 2 Mio. unglaublich viel und auch dort haben wir debattiert an diesem Abend. Ich muss sagen, ich bin kein Jurist sorry, ich bin ein Betriebswirtschaftler. Das Wettbewerbsverfahren hat einen grossen Vorteil: Man holt den besten Preis heraus. Warum? Weil jeder Unternehmer die Möglichkeit hat, das beste Projekt zum besten Preis einzureichen. Wenn ein Unternehmer natürlich seinen Markt nicht ansieht und nicht weiss, was eine Gemeinde bereit ist zu zahlen und auch nicht weiss, dass eine Gemeinde gewisse Finanzdiskussionen hat, dann hat ein Unternehmer etwas nicht ganz verstanden. Das Instrument des Wettbewerbes ist das einzig richtige in diesem Zusammenhang. Ich finde es wirklich toll und es ist ein Vorzeigeprojekt. Wir haben es an diesem Abend inhaltlich sehr gut erläutert bekommen. Es war wirklich ein Vorzeigeprojekt, dies darf man ruhig einmal hier erwähnen. Das andere ist, ich bin dort in den Kindergarten gegangen. Lange ist es her. Ich kenne den Kindergarten sehr gut. Es ist schon genannt worden, über drei Stockwerke. Ich weiss nicht, ob der Kindergarten behindertengerecht ist, nur so nebenbei. Wenn man also schon von erhaltenswertem Objekt spricht, denke ich, es gibt genügend Argumente, welche deutlich wichtiger und deutlich gewichtiger sind, dass der Kindergarten nicht optimal ausgelegt ist, definitiv nicht. Das Letzte wurde noch nicht genannt, glaube ich, Deutsch als Zweitsprache. Ich habe auch in Rüfenacht gelebt und weiss daher, wie die Demographie in Rüfenacht ist und diese wird sich auch nicht so kurzfristig ändern. Grund ist wie wir wissen, Rüfenacht liegt relativ nahe und gut erschlossen. Insbesondere im Scheyenholz gibt es eine rechte Durchmischung. Deutsch als Zweitsprache, vielleicht wisst ihr dies, wird seit mehreren Jahren in einem Container als Provisorium unterrichtet. Für dieses Provisorium wird man keine Bewilligung mehr erhalten, dies so weiter zu führen. Alternativen, man kann die Kinder irgendwo in den Kindergarten, in den dritten Stock, rechts, links versetzen. Am besten noch in die Schule hoch schicken einen Kilometer. Ist alles möglich. Braucht vielleicht eine Begleitung. Dies wird sicherlich die Lebensqualität nicht steigern. Wenn ihr etwas erzählt, dann erzählt die ganze Geschichte. Kosten sind wichtig, kein Thema, für dies haben wir einen Wettbewerb gemacht. Man kann dagegen sein, aber fadenscheinige Argumente bringen, also sorry.... Dies wäre es.

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Ich würde jetzt einmal behaupten, dass ich relativ vom Fach bin. Ich bin Sozialpädagogin und bin Leiterin einer Tagesschule. Ich wage jetzt auch zu behaupten, dass ich relativ gut abschätzen kann, ob man dort noch zeitgemäss unterrichten kann oder nicht. Ich bin zwar nicht an dieser Veranstaltung gewesen, aber ich bin im Kindergarten selber gewesen. Ihr könnt mir also glauben, wenn ihr 25 bis 30 Kinder habt und es ist nicht mehr wie vor 45 Jahren, als die Kinder 7-jährig waren. Die Kinder sind 4 Jahre alt. Wenn ihr 25 bis 30 4-jährige, vielleicht 5-jährige, maximal 6-jährige Kinder habt, diese alle gemischt auf drei Stockwerken, mit einer Lehrerin, mit x verschiedenen Sprachen, dann verpflichtet dies uns heute, wenn wir die Kinder, Lehrpersonen und die Eltern ernst nehmen wollen, auf das Geschäft einzutreten. Alles andere wäre sehr armselig von dieser Gemeinde.

Suter Michael, FDP: Wir sind voll in der materiellen Diskussion. Einfach als Replik auf meine zwei Vorredner ganz kurz: Mayk ich erwarte weder von dir noch von mir die ganze Geschichte. Ich erwarte diese vom Gemeinderat und habe sie nicht erhalten und darum habe ich das Nichteintreten heute beantragt. Selbstverständlich ist die FDP heute nicht grundsätzlich gegen einen Kindergarten in Rüfenacht. Wir möchten jedoch wirklich die wichtigen finanziellen Fragen geklärt haben. Ich vertrete noch eine andere Auffassung, wenn man auf das Projekt heute nicht eintritt, als dass das Projekt für zehn Jahre gestorben ist. Nichteintreten bedeutet eben genau nicht abweisen. Ich muss auf dies jedoch nicht länger eingehen, wenn der Gemeinderat dies so sieht, dann ist die FDP selbstverständlich bereit, den Nichteintretensantrag zurück zu ziehen. Ich würde dann anschliessend in der Debatte oder ich erlaube es mir jetzt gerade, einen Rückweisungsantrag zu stellen und hoffe dann, dass dieser entsprechend die Mehrheit erhält. Zurückweisung im Sinne der heutigen Diskussionen, so dass man entsprechend die Botschaft verbessern kann und Rüfenacht eben den Kindergarten erhält, welchen er verdient und zwar nach vorgängigen sauberen Abklärungen.

Feststellung:

Der Antrag auf Nichteintreten wird zurückgezogen und somit gilt das Eintreten als beschlossen.

Ratspräsidentin Zwahlen-Leibundgut Beatrix: Im Beschlussesentwurf ist einen Vorbehalt nicht enthalten. Es geht darum, dass die Kreditbewilligung unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums erfolgt. Wir haben

dazu eine Folie erstellt, auf der ihr den vollständigen Beschlussesentwurf seht. Diesen werden wir bis zur Abstimmung stehen lassen.

Detailberatung

Gemeinderat Wermuth Bruno, Departementvorsteher Bau: Vorab Danke, dass ihr den Antrag von Seiten der FDP zurückgezogen habt. Somit komme ich nun grundlegend zum Geschäft eigentlich zum Doppelkindergarten in Rüfenacht. Ich möchte nicht mehr alles sagen, was ich bereits vorgängig gesagt habe. Vielleicht noch zum Wettbewerb, zur Aufgabe oder zum Verfahren selber, dem Gesamtleistungswettbewerb im selektiven Verfahren. Selektiv heisst, man hat bewusst fünf Architekturbüros eingeladen, welche den Wettbewerb bestreiten konnten. Es ist jedoch nicht so, dass nur diese fünf Eingaben gemacht haben, sondern man hat fünf ausgewählt, um am Wettbewerb teilzunehmen. Wie bereits gesagt, vorgängig haben wir für dieses Verfahren die 140'000 Franken bewilligt. Gegenstand dieses Projektes war es, dass wir schlussendlich einen baubewilligungsfähigen Doppelkindergarten in Rüfenacht haben, welcher den Richtlinien für einen neuzeitlichen Kindergarten entspricht, welcher zusätzlich einen Raum für Deutsch als Zweitsprache enthält. Es war auch ein Thema und wurde gesagt, warum braucht es dies überhaupt. Ich denke, wenn man ein wenig beobachtet auf der Welt, in Europa, man muss nicht einmal so weit gehen, es reicht nach Italien, Süditalien, und man sieht, welche Flüchtlingsströme von Afrika in Europa hineinschwappen, dann ist es schon ein wenig blauäugig, wenn man das Gefühl hat, in ein paar Jahren sind wir dann hier in der Schweiz und alles andere ist drum herum und geht uns quasi nichts an. Also man kann dort gut herunterfahren und müssen das Ganze nicht mehr so ernst nehmen. Dem ist nach meiner Einschätzung sicher nicht so. Ihr wisst auch, zur Integration gehört, dass man einander versteht, dass man miteinander reden kann. Das ist etwas Wichtiges. Es ist umso wichtiger, dass man genau im Kindergartenalter mit diesem Prozess beginnen kann. Dies ist der Grund, dass man auch gesagt hat, doch so einen DAZ-Raum, wie es abgekürzt heisst, benötigen wir eigentlich. In diesem ganzen Verfahren ist es so, wenn wir ein Wettbewerbsverfahren haben und dort kein Kostendach eingeben, aber klar umschreiben, um was es eigentlich geht, dann haben wir das Gefühl gehabt, dass wir dort auch eine Lösung erhalten, ohne dass wir ihnen sagen, was sie eigentlich machen sollen, sondern dass sie selber Lösungen erarbeiten. Die Teams treten anschliessend in Konkurrenz und eben dann spielt der Wettbewerb. Ihr habt sicher auch in euren Unterlagen gesehen, es hat Preisdifferenzen von rund 1,1 Mio. Franken gegeben. Es ist schon erstaunlich, dass man so grosse Preisunterschiede hat, obwohl man den gleichen Leistungsauftrag vorgibt. Die Ziele und Anforderungen wurden bekannt gemacht und man hat nicht von Beginn an gesagt, wir möchten diesen Kindergarten und dieser darf so viel Kosten. Dies ist eben genau die Richtung, welche wir nicht gehen wollten. Das Projekt, welches gewonnen hat, stammt von Remund Holzbau in Schwarzenburg „Dr Hansjakobli und ds Babettli“. Mitbeteiligt sind Freiluftarchitekten GmbH aus Bern und eine Landschaftsarchitektur. Der Vorteil dieses Verfahrens ist sicher auch, dass man alle Leistungen aus einer Hand erhält. Man hat die Kosten klar definiert, diese sind verbindlich, die 1,62 Mio. Franken oder ungefähr mit Mehrwertsteuer kommt man auf die 1,7 Mio. Franken und plus zu diesen Kosten kommen dann noch die 300'000 Franken für den Abbruch und die Sortierung der alten Liegenschaften. Es ist tatsächlich so, wir sind dort im ersten Durchgang, zu Beginn im Prozess über die zwei Mio. gekommen. Für mich ist jedoch klar gewesen, ich habe dies auch so in der Baukommission kommuniziert, dies kommt jetzt über zwei Komma und etwas Ungerades Mio. Franken und ist ein Beschluss, welcher vors Volk geht. Ich habe zu diesem Zeitpunkt nicht gewusst, dass es eine spezielle Abstimmung gibt nur für dieses Projekt und dass keine kantonale und eidgenössische Abstimmungen stattfinden wird. Wir haben anschliessend überlegt, wie man diese Kosten umgehen kann, denn wenn wir nur dieses Geschäft vorgebracht hätten, dann hätte dies ca. 15'000 bis 20'000 Franken gekostet. Wir haben uns also überlegt, wollen wir dies oder wollen wir dies nicht? Wenn wir unter die 2 Mio.-Grenze gehen, beschneiden wir die demokratischen Rechte von den Bürgern, ja oder nein. Wir mussten sagen nein, im Rat haben wir das Limit von zwei Millionen Franken und das fakultative Referendum. Es braucht nicht viele Unterschriften, wenn man damit vors Volk gehen möchte. Es ist nicht so, dass wir Angst hatten, wenn wir eine Volksabstimmung haben mit diesen knapp über 2 Mio. Franken. Es ist lediglich darum gegangen, dass wir Kosten und Ressourcen einsparen können. Ich habe es bereits gesagt, es ist wegen dem DAZ und es ist ein erhaltenswertes Objekt und wer Bewilligungsbehörde ist, habe ich auch erwähnt. Warum überhaupt, was ist der Auslöser gewesen, dies habe ich euch auch schon erklärt und von dem her habe ich das Gefühl, habe ich alles gesagt. Vielleicht noch etwas, dass ich doch noch erwähnen möchte, ist der Minergiestandard. Minergiestandard hat man auch wieder gesagt, dies kostet doch für die Gemeinde, was soll das wieder und braucht es dies wirklich. Beim Informationsabend ist dies auch ganz klar zum Ausdruck gekommen, dass man beim Minergiestandard mit

41'000 Franken Fördergelder des Kantons rechnen kann. Die Gesamtkosten betragen 56'000 Franken, abzüglich eines Belüfters. Die Kosten für Minergie P Eco sind nicht um 10% oder so höher. Deshalb muss man sagen, dass ein Verzicht auf Minergie P Eco ein falscher Weg wäre. Natürlich kommt noch ein weiterer Grund dazu, wir haben es auch auf die Fahne geschrieben. Wir haben ein Energieleitbild und der Gemeinderat bekundet auch, dass wir nach diesem Leitbild gehen und wir auch eine Vorreiterrolle einnehmen wollen. Man muss dazu sagen, dass der Standard schon recht hoch ist. Dies widerspiegelt sich in den Kosten.

Läderach Christof, BDP: Ich probiere euch zu erklären, was die GLP und BDP-Fraktion bewogen hat, dem Kreditantrag zuzustimmen. Werner Mitsch hat einmal gesagt: „Man lässt die Zukunft nur einmal aus den Augen und schon verbündet sie sich mit dem Zufall.“ Es ist heute Abend schon fast so gegangen. Kein gültiger Finanzplan heisst für uns nicht, überhaupt nicht investieren oder dem Zufall oder noch viel schlimmer, unseren Nachkommen überlassen. Berichten von Fachpersonen müssen wir ein Stück weit auch etwas glauben, weil nicht jeder einzelne dieses Fachwissen hat. Rüfenacht gehört in die Gemeinde Worb und die Anforderungen an den Raum und die Infrastruktur für ein solches Gebäude haben sich einfach geändert, seit auch ich in den Kindergarten gegangen bin. Auch aus pädagogischer Sicht hat es in den letzten 45 Jahren Veränderungen gegeben, so dass die heutige Raumaufteilung nicht mehr zweckmässig und praktisch ist. Der Minergiestandard ist für uns auch ein Grund gewesen, welcher uns dazu bewogen hat. Dies wurde auch schon erwähnt. Uns scheint auch wichtig, es ist keine Delux-Variante, welche uns heute hier präsentiert wurde. Dies zeigen ganz klar Vergleichszahlen mit anderen Gemeinden. Wir haben letztendlich auch riesige Zweifel, wenn wir dies noch x Mal hin und her schieben, ob es dann auch günstiger kommt, als die Zahlen, welche wir heute Abend gehört haben. Wir wollen nicht mit dem Geld herumwerfen, ganz sicher nicht, aber was notwendig ist, ist einfach notwendig. Aus diesen Gründen sagen die GLP+BDP-Fraktion Ja zu diesem Kreditantrag.

Wälti Martin, SVP: Vorab besten Dank der Bau- und bis zu einem gewissen auch der Finanzverwaltung und dem Gemeinderat, insbesondere dem zuständigen Gemeinderat Bruno Wermuth für die Bereitstellung des vorliegenden Geschäfts. Alles was man in der Vorlage nicht lesen konnte, konnte man eben, wie wir es bereits gehört haben heute Abend, an der Vernissage hören. Hier möchte ich mich auch gerade für meine Fraktion entschuldigen, dass wir dort zum Teil mit guten und zum Teil mit weniger guten Begründungen nicht teilgenommen haben. Wir haben zwar schon einen Rundumschlag erhalten vom Gemeinderat, dieser hat uns schon gesagt, wo wir hin gehören. Nein, Spass bei Seite, er hat natürlich auch ein wenig recht gehabt. Grundsätzlich ist es sicher sehr gut gewesen, dass man eine solche Vernissage auf der Verwaltung durchgeführt hat und man dort auch etwas vertiefter Einblick nehmen konnte. Wir haben uns dann noch etwas aufklären lassen. An der Vorlage, wie sie eigentlich auch vorliegt, gibt es so weit von der Fraktion nichts zu kritisieren. Wenn man jedoch den Leistungsauftrag zu diesem Projekt berücksichtigt, ist auch der Preis akzeptabel. Wenn wir sehen, was dort alles berücksichtigt werden muss, was passieren muss und was für Vorlagen und Vorgaben sind, dann kann man den Preis eigentlich nicht kritisieren. Es ist ja auch das billigste und kostengünstigste Projekt gewürdigt worden, keine Diskussion. Es stellt sich nur die Frage, ist der Leistungsauftrag der richtige gewesen, sind dabei dringliche und wünschenswerte Prioritäten klar getrennt worden. Mit diesen Überlegungen gibt es bestimmt bezüglich Kosten noch Luft nach unten. Dies ist zumindest die Meinung der SVP-Fraktion. Es ist einfach ein typisches Politikum. Wir haben dies schon mehr gehabt im Rat. Manchmal haben wir es über Volksabstimmungen gemacht. Vielleicht kommt es dann noch dazu, dies weiss ich nicht. Einfach ein Politikum. Für dies sind wir da, zum Debattieren und Vor- und Nachteile aufzuzeigen und am Schluss gibt es eine Entscheidung. Ich will hier auch kein Votum für oder gegen Rüfenacht halten. Die SVP hat sich übrigens schon einige Male für Rüfenacht eingestellt. Aber auch nicht für oder gegen einen neuen oder renovierten Kindergarten. Um dies geht es hier bestimmt nicht. Das Geschäft war jetzt einfach das erste nach der Rückweisung des Finanzplans, welches uns hier im GGR vorliegt und mit 2 Mio. Franken, ist uns dies einfach hoch erschienen. Jedes kommende Geschäft, welches kommt, werden wir genau gleich über den Leist schlagen und ganz egal, ob es Geschäfte betrifft, welche in Worb oder sonst irgendwo sind, werden wir genau gleich prüfen und beurteilen. Bevor ich hierhin gekommen bin, habe ich gedacht, dass wir heute Abend entweder eintreten oder nicht eintreten, für uns war klar einzutreten und dann bin ich davon ausgegangen, dass wir nur noch Ja oder Nein sagen können zum Geschäft. Dies ist meine Vorstellung gewesen. Nach dieser Vorstellung hätte die SVP-Fraktion das Geschäft abgelehnt. Jetzt sieht es jedoch etwas anders aus, jetzt ist noch die Möglichkeit mit der Rückweisung, wir werden dies ganz sicher prüfen und diese wäre für mich ein akzeptabler Vorschlag. Ich habe es in der Fraktion noch nicht abgecheckt und mit allen, welche mitbeteiligt wären. Dies wäre eine Möglichkeit, welche für uns noch stimmen würde, dass man eine Rückweisung an den Gemeinderat beschliessen könnte,

das Geschäft nochmals zu prüfen und in einer abgespeckten Version. Im Moment plädiert die SVP-Fraktion eher für eine Rückweisung als für eine Ablehnung, aber nicht für eine Zustimmung.

Federer Guido, SP+Grüne: Die langfristige finanzielle Situation der Gemeinde Worb kann man nicht verbessern, indem man einfach dringend notwendigen Handlungsbedarf bei Investitionsprojekten ablehnt. Aus unserer Sicht ist dies ein ganz schlechter Ort, um ein Exempel zu statuieren. Mit dem schiebt man einfach einen immer grösseren Nachholbedarf vor sich hin, welcher dann die nächste Generation ausbaden darf. Die nächste Generation müsste es dann gleich in zweifacher Hinsicht ausbaden: Einerseits haben sie jetzt einen schlechten Kindergarten und andererseits dürfen sie später auch noch zahlen. Die Fraktion SP+Grüne ist der Meinung, dass ein dringender Handlungsbedarf beim Kindergarten Hänsel und Gretel besteht und man hier nicht länger zuwarten darf. Wir haben es gehört, die Gebäude sind sanierungsbedürftig und auch wenn man diese saniert, man kann noch so viel Geld hineinstecken in die Sanierung, ein zeitgerechter Kindergarten, welcher den pädagogischen Anforderungen genügt, wird aus diesem Haus doch nicht. Dass der Bedarf für einen Kindergarten im unteren Teil von Rüfenacht vorhanden ist, zeigen die aktuellen Schüler- oder Kindergärtelerzahlen. Es gibt keine Anzeichen, dass sich an dem etwas ändern wird. Die Planungskommission hat zum Beispiel in der Ortsplanung gerade vorgeschlagen, dass man dort Aufstockungen von Gebäuden zulassen möchte. Tendenziell erwarten wir eher mehr Familien, mehr Leute und damit auch mehr Kinder. Aus diesem Grund wollen wir sicher auch an diesem Kindergartenstandort festhalten. In Art. 48 des Volksschulgesetzes steht „Zur Sicherstellung des Unterrichts erlässt der Regierungsrat Minimalvorschriften für den Neu- und Umbau von Schul- und Sportanlagen.“ Dies hat er gemacht und hat festgelegt, dass Kindergärten mindestens 75m² benötigen für einen Hauptraum. Der Doppelkindergarten würde dann über 90m² verfügen und ist mit dem nicht ganz am untersten Limit. Der Regierungsrat hat aber auch festgelegt, dass es für eine Basisstufe 90 – 150m² braucht. Dies heisst, man hätte ohne Umbauten die Möglichkeit, die beiden Kindergärten auch für eine Basisstufe zu nutzen. Dafür wäre er jedoch am untersten Limit. Dies heisst auch, es ist sicherlich kein Luxusprojekt. Man hat hier wirklich heruntergeschraubt. Dann der ominöse DAZ-Raum, welcher bereits mehrfach erwähnt wurde: Dieser ist für uns zwingend notwendig und gut begründet, gerade im Scheyenholz. Für SP+Grüne ist Rüfenacht ein wichtiger Ortsteil. Es geht für uns daher nicht, dass man hier einfach eine Billigvariante von Kindergarten oder sogar Container hinstellt. Insbesondere, weil man wahrscheinlich in 20 Jahren schon wieder über einen neuen Kredit wird beschliessen müssen oder sicher eine grosse Sanierung der Bauten notwendig ist. Wir haben das letzte Mal anschliessend an die Planungskommission hier draussen noch ein wenig diskutiert und da ist auch noch die Frage aufgetaucht, ob man da nicht noch Wohnungen oben auf den Kindergarten stellen könnte. Auf den ersten Blick hat dies etwas Bestechendes. Insbesondere da dies auch eine zentrale Forderung der Ortsplanung ist. Wie aber auch in der Ortsplanung muss man sich immer fragen, wo macht Verdichtung Sinn und wo macht sie nicht Sinn. An diesem Standort macht es aus unserer Sicht aus verschiedenen Gründen keinen Sinn. Erstens ist diese Parzelle mit weniger als 1'000m² relativ klein, so dass man quasi die zusätzlichen Nutzungen für Spielflächen und Parkplätze kaum unterbringen kann. Zweitens, Gerichtsfälle dazu gibt es ganz viele, gibt es Nachbarschaftskonflikte. Wir bezweifeln auch, dass man mit einer Zusatznutzung Kosten sparen kann, weil es eine Unterkellerung mit Waschküche, Kellerräumen und so weiter geben müsste. Zudem ist aktuell geplant, den Kindergarten ohne Provisorium zu bauen und dies wäre auch nicht mehr möglich. Aus all diesen Gründen beurteilen SP+Grüne das vorliegende Projekt als zukunftsweisend, zweckmässig und auf der Kostenseite vertretbar. Wir stimmen darum dem Kredit zu.

Kämpfer Erwin, FDP: Die FDP ist im Kreuzfeuer, aber es ist wichtig, dass wir über dies diskutieren dürfen. Ich möchte nochmals festhalten, die FDP ist als solches nicht gegen einen Kindergarten für Rüfenacht. Dies muss man nochmals klargestellt haben. Lasst mich kurz ausführen, um die Flughöhe etwas anders zu legen. Unsere Flughöhe war einmal die Rückweisung des Finanzplanes. Man muss einfach sehen, wir haben dies eingereicht als Schuldenbremse und dem GR den Auftrag erteilt, die Verschuldung der Gemeinde in den Griff zu bekommen mit einer weitsichtigen Finanzpolitik, wie es die FDP erwartet. Dies bedeutet jedoch in keiner Art und Weise, Guido, dass man keine Investitionen mehr machen darf, dies wäre falsch. Sondern wir erwarten einfach vom Gemeinderat, dass er nur Investitionen macht, welche priorisiert sind. Damit kann man eben Gewicht legen auf werterhaltende Massnahmen, welche notwendig sind und vielleicht Neubauten in dieser Art, wie wir es hier vorliegend haben, vielleicht eine höhere Priorität einräumen. Zur Botschaft selber: Der Gemeinderat hat es in Eigenregie ohne beziehen von Kommissionen in seiner eigenen Kompetenz beschlossen. Der Entscheid, dies in Form eines Gesamtleistungswettbewerbes zu machen, hatten wir Ausführungen von der GPK und weiteren Vorrednern, da gehe ich nicht weiter darauf ein. Im Finanzplan 17 - 21 haben wir noch 1,2 Mio. drinnen gehabt

und dies haben auch beigezogene Fachleute der Verwaltung gemacht und haben festgestellt, dass es eigentlich möglich wäre, einen Kindergarten in dieser Art zu machen. Jetzt haben wir 2 Mio. ohne Änderungen der Voraussetzungen. Dies ist auch für nicht Baufachleute etwas schwer verständlich. Dass man in zukünftigen Botschaften erwähnen würde, wie eine Fiko reagiert, wurde auch schon gesagt. Transparenz ist wichtig für den Entscheid, welchen wir hier machen müssen und dürfen und darum müssen sämtliche Kenntnisse vorliegen. Die unterschiedlichen Grössenordnungen der Eingaben in den Kostenergebnissen stellen weitere Fragen. Waren die Vorgaben nicht richtig oder ist es allenfalls der zusätzliche DAZ-Raum oder, wir haben auch gehört, der Baustandard. Ich darf jetzt hier als Baufachmann sprechen. Ich baue besser als Minergiestandard und brauche keine Zertifizierung und spare noch Energie. Vielleicht bin ich der Grünste hier. Ich kann euch garantieren, ihr braucht nicht zwingend einen Minergiestandard damit ihr energiegerecht lebt und wohnt oder eben baut. Dies ist zu bedenken, wenn man sich bewusst macht, dass ein Kindergarten zeitlich nur begrenzt belegt und doch etliche Zeit inklusive der Ferienzeit unbenutzt ist. Weitere Fragen, wir haben es auch schon gehört, die demographische Entwicklung der Gemeinde und ob ein Kindergarten in dieser Form weiterhin notwendig ist, dies sei hier hinterfragt, da sich die Gemeinde Worb noch nicht geäussert hat, wie sie die Basisstufe hier einführt. Als Nichtpädagoge habe ich mich mit der ERZ herumgeschlagen und zu diesem Thema habe ich leider keine klaren Bestimmungen von einem sogenannten unabhängigen Kindergarten gefunden, sei dies für DAZ oder für den Kindergarten. Wenn man die Basisstufe ansieht, konnte ich lesen von 4- bis 8-jährig. Jetzt sagt mir noch, dass diese alle in einem Kindergarten sein wollen. Dies sagt eine andere Stimme, aber da bin ich nicht zuständig. Zu guter Letzt kommt noch der von der vorhandenen Unterschutzstellung. Wenn wir so etwas beschliessen müssen, finden wir, sollte dies doch vorgängig abgeklärt sein. Es wird nämlich fast alles beim Kanton abgeklärt, aber solche doch nicht unwesentliche Abklärungen hätten im Vorfeld stattfinden sollen. Zudem ist es nicht ganz nachvollziehbar, warum die Gemeinde ein eigenes Gebäude als erhaltenswert einstufen lässt und es dann selber nicht erhalten will. Wo nimmt hier die Gemeinde die Verantwortung wahr, in einer solchen Angelegenheit als Vorbild zu agieren. Etliche private Grundeigentümer mit ähnlicher Ausgangslage haben hier andere oder oftmals einschränkende Massnahmen oder Anliegen, welche zurückgebunden werden. Zusammenfassend führen für die FDP folgende Voraussetzungen zum Entscheid. 1. Wir haben einen zurückgewiesenen Finanzplan mit einer Motion zur Schuldenbremse. Wir sind der Ansicht, dass vorerst die Investitionen zu priorisieren wären, bevor ein Entscheid zum Kindergarten gefällt wird, gleich wie die SVP vorhin ausgeführt hat. Dies heisst, das Projekt sollte zurückgestellt und die Werterhaltungsinvestitionen vorgezogen werden. 2. Es fehlt die Sicherheit für den Abbruch des Gebäudes und damit die Grundlage der heutigen Botschaft, wir stimmen nämlich über einen Neubau ab. Dies heisst, das Projekt wird zurückgestellt, Abklärungen vorgenommen respektive Begründungen konkret dargelegt. 3. Eine Überprüfung der Anforderungen und Standards zur Kostenoptimierung vornehmen, dies haben wir auch schon gesagt. Und dies, welches ich am Schluss noch erklärt habe, es liegen keine konkreten Angaben vor, wie das System Basisstufe in der Gemeinde Worb umgesetzt wird. Die FDP wird, da der Antrag zur Nichteintretensdebatte ein wenig verschoben wurde, mit einem Abänderungsantrag kommen. Den eigentlichen Kindergarten würden wir jedoch begrüssen. Dies heisst also nicht, dass wir dagegen sind. Aber aufgrund von diesen Darlegungen müssen wir sagen, der Zeitpunkt für diesen Entscheid sehen wir als verfrüht an, bevor nicht Klarheit herrscht über die zukünftige Investitionspolitik des GR. Die FDP wird deshalb notgedrungen ablehnen. Wir erachten jedoch dieses Vorgehen der Ablehnung heute mit einem Abänderungsantrag auch als Chance für das Projekt.

Cetin Mayk, EVP: Wir haben gesehen, was passiert, wenn man den Werterhalt vernachlässigt. Nein, ich möchte nur noch zwei, drei Sachen sagen, welche noch nicht gesagt wurden. Das eine bezieht sich auf das Abspecken bei diesem Projekt, da ist noch ein Votum gefallen. Ich muss dazu sagen, auch dort an der Infoveranstaltung wurde es relativ klar gesagt, wie ein Kindergarten gebaut werden muss, gibt es ganz klare Vorschriften. Ich kann mich noch erinnern, bis zum Waschbecken ist alles genau geregelt. So viel Spielraum, wie sich gewisse Leute hier wünschen, haben wir wahrscheinlich nicht. Letztendlich ist es auch ein Zeichen der Wertschätzung von diesem Projekt, wie es stattgefunden hat. Eine Wertschätzung auch gegenüber Rüfenacht und hier komme ich wieder zurück auf das Werterhaltende. Klar ersetzen wir ein Gebäude, aber letztendlich erhalten wir den Wert eines Kindergartens in Rüfenacht. Ich weiss nicht, Neuinvestitionen und Priorisierungen, ich habe es bereits das letzte Mal gesagt, eine Priorisierung macht bei Neuinvestitionen Sinn, ganz klar. Aber bei Werterhalt noch weiter hinauszögern, ihr wisst, was passiert, es ist eine Hypothek, eine Schuld. Der letzte Punkt, welchen ich noch sagen möchte, von dem Thema... Nein, ich habe eigentlich alles gesagt. Es wurde alles gesagt heute. Noch nicht gesagt wurde, dass die EVP natürlich dem Geschäft zustimmen wird und ich hoffe schwer, dass dies auch die Mehrheit des Rats machen wird.

Messerli Gregor, FDP: Ein Punkt erstaunt mich heute Abend schon ein wenig. Es wurde von keiner Partei, mit Ausnahme der GPK, aber dies ist ja keine Partei, erwähnt, dass das Kostendach von 2 Mio., über welchem wir liegen würden oder auf 2 Mio. wären, eine Volksabstimmung bedingen würde, dass wir an die Urne gehen müssten. Wenn ich jetzt dieses Geschäft ansehe und in meinem Umfeld diese Zahlen ein wenig erklären müsste, jetzt lese ich hier 1,98 Mio., 20'000.00 unter der Limit für eine Abstimmung. Ich müsste sagen, ich würde mich ein wenig blöd verkauft fühlen. Vor allem, wenn ich noch sehe, dass 2,124 Mio. eigentlich im Projekt ohne Reserven enthalten sind. Wenn ihr ein Baugeschäft kennt, welches nicht noch Reserven benötigt, dann hattet ihr Glück mit dem ganzen Bauumfeld. Ich finde es nicht zulässig, was man hier macht. Da geht es nicht um den Kindergarten. Ich bin notabene Eintretensgeneration gewesen im Kindergarten Hänsel und Gretel. Ich habe also auch eine emotionale Bindung zu Rüfenacht sowieso und auch zum Kindergarten. Von mir aus kann der Kindergarten auch 2,5 Mio. kosten, aber nicht zulässig ist, dass man ein Buebetrickli macht und mit dieser Splittung von den 140'000.00 Franken, welche man von den 2,124 Mio. abzieht und mit diesem Schritt nicht vors Volk geht. Dies finde ich auch formaljuristisch nicht korrekt. Da möchte ich ganz klar eine Rückmeldung haben vom Gemeinderat, ob dieses Vorgehen wirklich zulässig ist.

Gemeinderat Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Danke für eure Voten, die Bedenken und eure Anmerkungen zu diesem Geschäft. Erwin, du hast es erwähnt, im Zusammenhang mit der Finanzplanung und jetzt kommt man mit einem solchen Kreditanspruch, um weiter zu gehen. Unsere Überlegungen sind dahingehend, dass wir weiter planen und weiter investieren müssen. Wir haben jedoch den zurückgewiesenen Finanzplan absolut im Hinterkopf und wir haben auch die Motion oder als was es auch immer dann herkommen wird bezüglich Schuldenbremse. Vom Gemeinderat haben wir Investitionen von ca. 5 Mio. verlangt, die Finanzkommission ist mit 3 Mio. gekommen, dann hätten wir ziemlich ausgeglichene Rechnungen und von dem her ist es für mich ein Abwägen, wohin gehen wir. Bei allen Indikatoren, welche man dort hineinrechnet, ist dies eigentlich eine sehr wichtige Sache und eine gute Sache, welche man hier macht, dass man gewisse Grundlagen und Sicherheiten in diesen Fragen hat. Aber die Bugwelle, welche wir vor uns herschieben, von diesen werterhaltenden Investitionen, sind wir der Meinung, müssen wir abbauen. Es ist natürlich klar, dass wenn man jetzt diesem Kredit zusagt, kommt nicht auf das nächste oder übernächste Jahr wieder die nächste Forderung von 3 oder 4 Mio. für irgendetwas anderes. Dies liegt gar nicht drin, denn solange es nicht definiert ist, können wir nicht mit solchen Vorlagen kommen. Wir haben es also ganz klar im Auge, aber wir haben auch eine Verwaltung, welche arbeitet und Aufgaben hat und es muss auch weitergehen in Projekten. Wir sind daher der Meinung, dass man gerade an diesem Projekt weiterarbeiten sollte. Wie es Mayk bereits gesagt hat, im Werterhalt und der Priorisierung sollte man eigentlich alles machen. Es ist alles auf höchster Priorisierungsstufe. Vom Sekundarschulhaus möchte ich schon gar nicht mit Reden beginnen. Aber auch dort müssen wir ganz klar hinsehen, was ist möglich und was nicht. In welcher Form das ganze Schulhaus saniert wird. Dies ist ein Punkt, welchen man ganz genau ansehen muss. Jetzt kommen mit einem Rückweisungsantrag und einem Auftrag in Bezug auf die Kosten, ist bei diesem Gesamtleistungswettbewerb relativ schwierig, weil dies eine verbindliche Preisangabe ist, welche dort gemacht wurde. Aber ich muss die Klammer aufmachen, wenn ich im Land herum höre und mit dem Architekt hier oder mit dem Architekt dort spreche, sagt der eine, ich mache dies zu dem Preis, der andere sagt, nein dies kostet so viel. Ich frage mich manchmal schon, die Architekten, was ist dies für eine Zunft eigentlich. Jetzt auch im Ernst, es ist dort eine gewisse Vertrauensbasis, welche doch auch auf Zahlen, welche man vorgeliefert erhält, vorherrschen muss, welche man dann auch berechnen oder von diesen ausgehen kann. Ich stelle jedoch fest, man kann schon sagen, euer Leistungsangebot habt ihr zu hoch gesteckt, im Leistungsangebot ist bei allen genau das gleiche eingebaut und dies ist ganz klar umschrieben worden und man hat eine Differenz von 1,1 Mio. Franken bei diesem Projekt. Ich habe dies zur Kenntnis genommen Erwin, dass du wahrscheinlich einer von den Grünsten bist unter uns und du baust. Also der Erwin, dies müsst ihr euch merken, baut zu einem Minergiestandard günstiger als jeder andere und er deklariert es nicht einmal und holt nicht einmal die Beiträge vom Kanton ab. Jetzt könnt ihr euch dies mal vorstellen, da staune ich nur. Aufgeschrieben habe ich mir noch wegen dem Erhaltungswert. Die Gemeinde bestimmt, welche Gebäude erhaltungswert sind. Dies ist nicht so, die Gemeinde bestimmt nicht, welche Gebäude hier in der Gemeinde erhaltungswert sind, sondern die Denkmalpflege. In Worb können wir viel, aber gerade so selbstherrlich können wir nicht bestimmen. Wir können dann dort mithelfen und schauen. Von mir aus gesehen, wollen wir natürlich so wenig wie möglich erhaltungswerte und schützenswerte Gebäude haben. Denn sobald man dort mit Sanieren oder so beginnen muss, dies wissen wir alle zusammen hier, dies hat wieder Auswirkungen auf die Kosten. Das Andere ist noch der vom Buebetrickli. Also die Buebetrickli sehe ich

im Sport und da muss ich sagen, wenn beim Buebetrickli ein Tor passiert, dies ist super. Ich mag mich noch gut erinnern, in Vielbringen beim Hockey spielen, ich schweife gerade etwas ab, aber dies gehört auch dazu, wenn einem dort ein Buebetrickli gelungen ist, hat man sehr Freude gehabt. Aber hier auf dieser Ebene muss ich sagen, ein Buebetrickli anzuwenden, gegenüber dem Souverän, dies geht nicht. Es sind dort einfach die 5 %, welche man gestrichen hat, welche man auch verantworten kann. Massgebend ist schlussendlich der Kostenrahmen, welcher nicht überschritten werden darf. Der Kostenrahmen liegt unter den 2 Mio. und dies ist für uns schlussendlich bestimmend und massgebend. Somit kann ich hier sagen, sind wir weit davon entfernt, gegenüber dem Souverän ein Buebetrickli anzuwenden. Das absolute demokratische Recht wird nicht beschnitten. Ich habe es vorhin bereits gesagt, man hat das Referendumsrecht, man kann vors Volk gehen. Ich kann euch sagen, wenn man mit dem Projekt vors Volk geht, ich habe nicht Angst. Nur dass dies gesagt ist. Alles habe ich nicht erwähnt, aber das Wichtigste.

Utiger Heinz, EVP: Ich habe eine Verständnisfrage. Wenn dies zurückgewiesen wird. Ihr habt euch entschieden, dies als Gesamtleistungsauftrag in dieser Form auszuschreiben. Es sind nicht einzelne Arbeiten abgeholt worden, es ist ein ganzes Paket. Eigentlich können wir heute um den ersten Platz sprechen. Wenn jetzt dieser Preis tiefer sein muss, auf 1,6 oder was auch immer, was wird dann beauftragt, kann dann nur der Erste nochmals neu rechnen? Oder müssen wir allen die neuen Bedingungen geben? Wenn ich der Vierte wäre und ich höre, dass der Erste neue Bedingungen hat, ich glaube, ich würde die Gemeinde einklagen. Denn ich möchte zu den neuen Bedingungen rechnen können. Dies fände ich noch spannend zu hören, was passiert, wenn wir dies heute so nicht möchten. Dies ist für uns relevant.

Gemeinderat Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Danke Heinz für das Nachfragen. Ich habe es vorhin schon angetönt, wenn jetzt hier eine Vorgabe kommt, ihr müsst hier günstiger mit dem Kreditantrag kommen, dies wird sehr, sehr schwierig. Wenn dann dieser plötzlich sagt, gut wenn ich nochmals nachrechne und dieses und andere mache und jetzt komme ich plötzlich mit 200'000 weniger daher, da fragt man sich dann schon, warum nicht gerade von allem Anfang an. Da sind viele, viele Fragezeichen. Wir können dies entgegen nehmen und wahrscheinlich wird es auf dies hinauslaufen. Ausser man sagt etwas Entscheidendes, man streicht eine leistungsentscheidende Vereinbarung oder Vorgabe heraus. Dann ist es so, dann müssten wieder alle die Chance haben, also ich sehe es zumindest so, dies nochmals zu beurteilen. Aber dies ist jetzt einfach so gesagt.

Beschluss:

Ordnungsantrag von Viktor Fröhlich für einen Sitzungsunterbruch. Der Ordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

Sitzungsunterbruch von 21:45 bis 21:50 Uhr.

Ratspräsidentin Zwahlen-Leibundgut Beatrix: Ich verlese den Rückweisungsantrag der FDP- und SVP-Fraktionen:

Das Geschäft „Doppelkindergarten Hänsel und Gretel; Abbruch und Neubau: Kreditbewilligung“ wird an den Gemeinderat zurückgewiesen zur Verbesserung und Klärung der offenen Fragen im Sinne der heutigen Debatten. Zu klären sind insbesondere:

- Überprüfung der finanziellen Tragbarkeit vor dem Hintergrund der heutigen finanziellen Situation der Gemeindefinanzen;
- Notwendigkeit/Anschlussplanung für den DAZ-Raum inklusive Alternativen;
- Stellungnahmen der vorberatenden Kommissionen;
- detaillierte Begründung und Herleitung der zeitlichen Dimension;
- denkmalpflegerische Situation;
- konkrete Angaben, wie das System der Basisstufe implementiert wird;
- mögliche Redimensionierung des Geschäftes auf 1,5 Mio;
- Priorisierung vor dem Hintergrund der kommenden Schuldenbremse.

Beschluss zum Rückweisungsantrag:

Der Rückweisungsantrag der FDP- und SVP-Fraktionen wird mit 17 zu 16 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 18 zu 15 Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für den Abbruch des Doppelkindergartens Hänsel und Gretel und den Neubau des Doppelkindergartens Dr Hansjakobli und ds Babettli wird ein Verpflichtungskredit von CHF 1'980'000.00 bewilligt.
2. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 48 Bst. b
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Motion der EVP-Fraktion mit dem Titel Tagesschulen Rüfenacht und Worb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 376	13.11.2017	7	2017/21-53	20741	16/43

„Tagesschule Rüfenacht

Der Gemeinderat wird beauftragt

- bis nächsten Sommer für eine Beschattung im Aussenbereich zu sorgen
- den Lärmpegel in den Innenräumen bei voller Auslastung zu prüfen und Massnahmen zur Lärmverminderung zu treffen.

Ausgangslage und Begründung: Bei einem Besuch in der Tagesschule Rüfenacht freute ich mich über den schönen Aussenbereich. Leider stellte ich fest dass praktisch keine Beschattung vorhanden ist. So war es diesen Sommer und Herbst nicht möglich, mit den Kindern während der sonnenintensiven Zeiten draussen zu spielen. Für Kinder ist die freie Bewegung und das Spiel an der frischen Luft möglichst jeden Tag äusserst wichtig. Es kann nicht sein, dass der schon angelegte Aussenbereich infolge fehlender Beschattung nicht benutzt werden kann. Ebenfalls ist mir der hohe Lärmpegel in den Innenräumen aufgefallen. Auch wenn darauf geachtet wird, dass die Kinder in «normaler» Lautstärke miteinander reden, befinden sich halt zu Spitzenzeiten bis zu 60 Kinder in diesen Räumen. Es wird unweigerlich laut. Mir ist aufgefallen, dass ausser den Vorhängen kaum Materialien in den Räumen sind, die dämmen würden.

Tagesschule Worb

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Projekt «Pavillon» als Erweiterung für die Tagesschule beim Schulhaus Zentrum Worb umgehend weiterzuverfolgen.

Ausgangslage und Begründung: Die steigenden Kinderzahlen zeigen auf, die Tagesschule im Schulhaus Zentrum kommt an ihre Grenzen. Die Gemeinde ist verpflichtet, alle angemeldeten Kinder aufzunehmen. Aus diesem Grund ist eine baldige Lösung einer Erweiterung unumgänglich. Das Ausweichen ins Untergeschoss der Turnhalle sehe ich als keine kindgerechte und schon gar nicht wirtschaftliche Option.“

Interpellation der BDP+GLP-Fraktion mit dem Titel Investitionsstau?

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 376	13.11.2017	8	2017/21-54	20742	32/0

„Anlässlich der Diskussion über die Finanzplanung 2018-2022 wurde seitens des Gemeinderats immer wieder betont, dass "mit den in den letzten Jahren wiederholt hinausgeschobenen Unterhaltsinvestitionen" (S. III,

Investitionsplanung) ein Investitionsstau entstanden sei, den es in den nächsten Jahren mit erhöhten Unterhaltsausgaben und einer erhöhten Neuverschuldung zu beheben sei. Zahlen zu diesem „Investitionsstau“ liefert der Gemeinderat aber nicht. Die BDP/GLP-Fraktion hätte gerne Zahlen und fragt den Gemeinderat: 1. Wie hoch ist der Gesamtwert der gemeindeeigenen Liegenschaften, der Anlagen in den Spezialfinanzierungen (Wasser- und des Abwassernetz) und der Gemeindestrassen? 2. Wie viel in Prozent bzw. in Franken musste jährlich für den Werterhalt ausgegeben werden? 3. Wie viel wurde in den letzten 10 Jahren dafür ausgegeben? 4. Wie hoch beläuft sich somit das Delta zwischen Soll und Ist (=Investitionsstau)? 5. Sieht der Gemeinderat die Möglichkeit für den Unterhalt der Liegenschaften eine Spezialfinanzierung einzurichten, in welche jährlich die für den Werterhalt erforderlichen Summen einbezahlt werden?“

Beatrix Zwahlen-Leibundgut
Präsidentin

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 11. Dezember 2017

Christian Reusser
Sekretär